

Konvention des Europarats gegen Menschenhandel

Terre des hommes fordert Ratifizierung für den Schutz von Kindern

Auch die Schweiz soll die Konvention des Europarats gegen Menschenhandel ratifizieren. Dies fordert Terre des hommes – Kinderhilfe gemeinsam mit 21 anderen Organisationen. Vor allem minderjährige Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung müssen besser geschützt werden. Mit einer Ratifizierung könnte die Schweiz das Inkrafttreten der Konvention, die vor zwei Jahren vom Europarat angenommen wurde, beschleunigen.

Im Alter von 16 Jahren wurde Silvia (Name geändert) von Westafrika in die Schweiz gebracht. Der Mann, der sie Anfang 2006 mitnimmt, verspricht ihr, dass sie in der Schweiz ihre Ausbildung abschliessen könne. Doch gleich nach der Ankunft wird sie von ihm in der Wohnung eingesperrt, bedroht und von mehreren Männern vergewaltigt. Nach fünf Tagen gelingt ihr die Flucht, sie kommt bei einer Landsfrau unter. Kurze Zeit später wird Silvia von der Polizei abgeholt, verhört und drei Tage in Untersuchungshaft gehalten. Danach wird sie mit der Auflage entlassen, das Land binnen 48 Stunden zu verlassen. Ihre Kollegin vermittelt sie an Beratungsstelle für Frauen, wo sie endlich Schutz und Zuwendung erhält. Für die Zeit des Ermittlungsverfahrens kann sie in der Schweiz bleiben. Heute weiss niemand, wo sie sich aufhält.

Dies ist kein Einzelfall. Die Migrationsbehörden schützen Opfer von Menschenhandel nicht, sondern stellen die rasche Rückschaffung in den Vordergrund. Doch eine effiziente Strafverfolgung der Täter gelingt nur, wenn Opfer und Zeugen einen gewissen Schutz geniessen, eine Aufenthaltsbewilligung erhalten und ihr Selbstvertrauen wieder gewinnen können. Genau dies sieht die Konvention gegen Menschenhandel vor, die am 3. Mai 2005 vom Ministerkomitee des Europarats angenommen wurde. Sie wurde bereits von sieben Staaten ratifiziert. Es braucht jedoch zehn Ratifikationen, damit sie in Kraft tritt.

22 Organisationen, darunter Terre des hommes, fordern in einem Brief Micheline Calmy-Rey, Bundespräsidentin und Aussenministerin, sowie Christoph Blocher, Justizminister, auf, die Konvention zu ratifizieren und dafür zu sorgen, dass die betroffenen Behörden – namentlich die Kantone – die Opfer von Menschenhandel, insbesondere die Kinder, besser schützen.

Mehr als 150 Organisationen, die sich gegen Menschenhandel engagieren, wenden sich deshalb in 10 Staaten an ihre Regierungen und Parlamente und fordern die prompte Ratifizierung der Konvention.

Weitere Informationen:

Pierre Zwahlen, Mediensprecher: 021 654 66 38, 079 615 44 33

Sylvie Marguerat, Juristin für Kinderrechte: 021 654 66 17